

KONZEPTPAPIER

EINE GUTE KINDHEIT

Für jedes Kind
in Bayern.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN



KONZEPTPAPIER: „EINE GUTE KINDHEIT – FÜR JEDES KIND IN BAYERN“

Inhaltsverzeichnis

I. Zusammenfassung

II. Situations-Analyse

III. Unsere Ziele: Gute Kindheit für jedes Kind

- a) Recht auf Gesundheit
- b) Recht auf Bildung
- c) Recht auf Freizeit, Freunde und Selbstbestimmung
- d) Recht auf eine gesunde Umwelt
- e) Recht auf Schutz vor jeder Form von Gewalt
- f) Recht auf gesellschaftliche Teilhabe

IV. Unser Weg dorthin: Konkrete Maßnahmen für eine gute Kindheit für jedes Kind

- a) Kindliche Gesundheit sichern und wiederherstellen
- b) Gute Bildung für alle und von Anfang an
- c) Freizeit, Freunde und Selbstbestimmung für Kinder ermöglichen
- d) Kinder brauchen eine gesunde Umwelt
- e) Kinder müssen gewaltfrei aufwachsen können
- f) Gesellschaftliche Teilhabe für jedes Kind garantieren, Kinderarmut bekämpfen

V. Fazit

I. ZUSAMMENFASSUNG

Kinder haben eines gemeinsam: Sie haben ganz eigene Bedürfnisse und Interessen und brauchen besonderen Schutz und Fürsorge, um sich gesund entwickeln und voll entfalten zu können. Hierauf legt die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen den Fokus: Seit 1989 sind darin die ureigenen Rechte von Kindern weltweit festgeschrieben – ganz gleich, wo sie leben, welche Hautfarbe oder Religion, welches Geschlecht oder welchen familiären Hintergrund sie haben. Für die Verwirklichung dieser Kinderrechte setzen wir Grüne in Bayern uns ein und leiten für uns daraus das Ziel ab, jedem Kind ein Aufwachsen unter den bestmöglichen Bedingungen zu ermöglichen. Die Erlebniswelt unserer Kinder kennt keine Disziplingrenzen: Gesundheitsversorgung, Bildung, Städte- und Wohnungsbau, Verkehrsplanung, kommunale Verwaltung, Umweltschutz, Sozial- und Wirtschaftspolitik, sie alle beeinflussen das Aufwachsen von Kindern in Bayern. Dabei werden die Interessen der Kinder derzeit zu wenig berücksichtigt, noch weniger werden Kinder direkt und altersgerecht an der Gestaltung ihrer Lebenswelt beteiligt. Das wollen wir ändern.

Mit den Bereichen Gesundheit, Bildung, Freizeit, Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und gesellschaftliche Teilhabe decken wir wesentliche Aspekte der kindlichen Lebenswelt ab und fokussieren zugleich diejenigen, die sich durch gesetzliche Rahmenbedingungen positiv beeinflussen lassen. Für jeden Teilbereich formulieren wir konkrete Ziele und schlagen Maßnahmen zu ihrer Erreichung vor.

Der Kern grüner Politik für Kinder ist die Befähigung zur und die Ermöglichung von Partizipation. Die Fähigkeit zur selbstbestimmten Beteiligung wird erworben und kann gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind altersentsprechend an der Gestaltung seiner Lebenswelt mitwirken kann und politisches Handeln grundsätzlich an seinen Auswirkungen auf das Wohlergehen von Kindern gemessen wird.

II. SITUATIONS-ANALYSE

Die Kindheit ist eine entscheidende Phase für die Entwicklung und das Wohlergehen von Menschen im gesamten Lebensverlauf – hier wird die Grundlage für alle späteren Lernprozesse, für Gesundheit und psychische Stabilität gelegt. Was Kinder an kognitiven, sprachlichen oder sozio-emotionalen Kompetenzen erwerben, wird ein Leben lang weiterentwickelt. Aber auch umgekehrt – was in der Kindheit verpasst wird, ist im späteren Lebensverlauf nur schwer wieder aufzuholen. Belastungen, Einschränkungen, Benachteiligung und Vernachlässigung, die in der Kindheit erfahren werden, können den gesamten Lebensverlauf negativ beeinflussen.

Nicht alle Kinder haben die gleichen Chancen auf eine unbeschwerte Kindheit, Entwicklung und Entfaltung. Nach wie vor hängt es maßgeblich vom Elternhaus ab, wie sich ein Kind entwickeln kann, welche Chancen es erhält und welchen Belastungen es ausgesetzt ist. Grundvoraussetzungen für eine gute Kindheit bilden die soziale Absicherung und der Schutz vor Gewalt – wer hungrig, mit Sorgen oder mit Angst aufwächst, wer Ausgrenzung, Vernachlässigung oder Gewalt erlebt, bei dem hinterlässt das Spuren. Für uns Grüne steht fest: jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Kindheit! Und es ist Aufgabe der Politik, dieses Recht zu verwirklichen. Gerade bei Kindern, die vielfältigen Belastungen ausgesetzt sind, muss Politik dafür Sorge tragen, dass sie frei von Gewalt und gesund aufwachsen, dass sie gute Bildung erfahren, Freizeit, Spiel und Erholung genießen können.

Dafür müssen wir unsere öffentlichen Institutionen stärken und kindgerecht gestalten – von der Kita bis zur Schule, vom Spielplatz bis zum Kantinenessen, vom Jugendamt bis zum Bauamt. Und dabei müssen wir die wichtigsten Stakeholder mit an Bord nehmen: unsere Kinder. Sie sind Expert*innen in eigener Sache.

Sie zu beteiligen, fördert nicht nur Demokratiebildung in jüngsten Jahren, sondern auch die Qualität der Ergebnisse – sei es bei der Entscheidung über den neuen Spielplatz in der Straße oder beim Ausflugsziel der Hortfahrt.

Kinder sind nicht ohne ihre Familien zu denken. Und Familien in Bayern sind vielfältig: ob Paarfamilie, Patchwork, Regenbogenfamilie, Ein-Eltern-Familie, oder das Aufwachsen in einer Heimeinrichtung, mit oder ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne Behinderung – diese Vielfalt denken wir Grüne immer mit. Vielfalt birgt vielfältige Chancen, aber nur so lange, wie sie nicht zur Ausgrenzung führt: das Kind, das seine gleichgeschlechtlichen Eltern in die Kita mitbringt, der Junge, der gerne einen Rock anziehen will, das Kind mit Trisomie 21 und auch dasjenige Kind, das noch kein Deutsch spricht, sie alle haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, auf Bildung, Förderung, Freizeit, Freude, Freunde und Erholung.

Das Wohlergehen aller Kinder ist unser Ziel und in Bayern ist noch viel zu tun. Wir Grüne möchten mit diesem Papier gute Ideen für eine Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik liefern, die den Kindern in diesem Land dient. Denn ihnen gehört die Zukunft!

III. UNSERE ZIELE: GUTE KINDHEIT FÜR JEDES KIND

a) Recht auf Gesundheit

In der Kindheit wird der Grundstein für ein gesundes Leben gelegt. Kindergesundheit ist für uns deshalb ein wichtiges Präventionsthema. Neben Zuwendung und Geborgenheit gehören insbesondere gesunde Ernährung, viel Bewegung und eine gute medizinische Versorgung dazu.

Es gibt heute auch in Deutschland eine Reihe von Herausforderungen, die die kindliche Gesundheit gefährden: Allergien, psychosoziale Belastungen, psychische Probleme, Stoffwechsel- und chronische Erkrankungen wie Diabetes, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen und Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen brauchen dringend mehr Aufmerksamkeit.

Ein wichtiger Schlüssel für ein gesundes Leben jedes Kindes ist **Bewegung**. Fast jedes sechste Kind in Deutschland zwischen drei und 17 Jahren leidet an Übergewicht, knapp sechs Prozent sind fettleibig. Die WHO empfiehlt 60 Minuten Bewegung pro Tag, davon 30 Minuten mit kräftiger Anstrengung. Das schafft aber nur ein Viertel aller Kinder. Wir wollen dazu beitragen, dies zu ändern. Neben der Bewegung kommt auch die richtige **Ernährung** nicht nur dem täglichen Wohlbefinden und der Konzentrationsfähigkeit zugute, sondern kann auch dazu beitragen, dass Kinder keine Stoffwechselerkrankungen und Übergewicht entwickeln und damit gesund bleiben und werden. Die Zahl der Kinder, die sich in Kita und Schule ernähren, wächst. Damit kommt der Verpflegung in den Bildungseinrichtungen eine immer bedeutendere Rolle zu. Die Verbesserung der Kita- und Schulverpflegung ist für uns Grüne deshalb ein wichtiges Zukunftsthema. Ernährung muss dabei auch Teil der Bildung sein, nicht nur der Pause. Besseres Essen, wo immer möglich gemeinsam zubereitet und mit einer systematischen Gesundheits- und Ernährungsbildung kombiniert, führt zu gesünderen, zufriedeneren und leistungsfähigeren Kindern heute und zu kompetenteren Erwachsenen morgen.

Übergewicht, aber auch Karies oder etwa Sprachentwicklungsstörungen – bei diesen Diagnosen gibt es nachweislich enge **Zusammenhänge zwischen Elternhaus und Kindergesundheit**: Kinder aus ärmeren Familien sind davon deutlich häufiger betroffen als Gleichaltrige aus ökonomisch besser gestellten und gebildeten Elternhäusern.¹ Aus unserer Sicht darf die Gesundheit von Kindern nicht vom Einkommen oder dem Bildungsgrad ihrer Eltern, vom Sozial- und Wohnraum abhängig sein: jedes Kind hat ein Recht darauf,

1 Das zeigte ein Kinder- und Jugendreport der DAK-Gesundheit, für den die Krankenkasse Versichertendaten von fast 600.000 Kindern und 430.000 Eltern ausgewertet hat.

gesund aufzuwachsen. Sozialstaatliche und gesellschaftliche Strukturen müssen dies insbesondere für sozial benachteiligte Kinder und Familien sicherstellen.

b) Recht auf Bildung

Bildung ist ein Menschenrecht, gute Bildung von Anfang an ist ein Kinderrecht. Bildung ist die Voraussetzung für Teilhabe in unserer Gesellschaft, nicht nur für Teilhabe am Arbeitsmarkt, sondern auch für Teilhabe am Gemeinwesen, an politischen Prozessen, an einem selbstbestimmten Leben. Deshalb sehen wir in guter Bildung von Anfang an und für Alle einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Wir alle, insbesondere der Freistaat und die Kommunen, sind der **Bildungsgerechtigkeit** verpflichtet.

Wir wollen das Bildungswesen fit machen **für alle Kinder in Bayern**. Wahrlich inklusive Bildung gibt jedem Kind faire Bildungschancen. Wir müssen die frühkindliche, die schulische und die außerschulische Bildung für die Herausforderungen einer bunten, vielfältigen Gesellschaft fit machen, um unterschiedlichen Kindern gerecht zu werden.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen an Bildungsangeboten stärker und früher beteiligt werden, das bedeutet vor allem, dass Zugangsbarrieren zum Bildungssystem, die sich aus sprachlichen, kulturellen oder ökonomischen Unterschieden ergeben, abgebaut werden müssen. Mit Blick auf die auch im Jahr 2021 immer noch niedrigen Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund bleibt das integrationspolitische Ziel bestehen, die Betreuungsquote zu steigern und der Quote von Kindern ohne Migrationshintergrund anzugleichen. Um allen Kindern einen möglichst frühen Zugang zum Bildungssystem zu verschaffen, ist es aus unserer Sicht erforderlich, Eltern aktiver über die Bedeutung und Zugänge zu Kindertagesbetreuung und Schulen aufzuklären und zu beraten sowie ggf. Vertrauen in die Betreuungseinrichtungen herzustellen. Zusätzlich müssen auch weiterhin angemessene regionale Angebotsstrukturen aufgebaut und ggf. bestehende Zugangshürden weiter abgebaut werden. Mehrsprachige Ansprache und Bildung für Kinder und für Familien ist ein wesentlicher Schlüssel zur stärkeren und früheren Bildungsbeteiligung von Kindern mit nicht-deutscher Familiensprache. Die systematische Förderung der Herkunftssprachen neben der intensiven und umfassenden Förderung der deutschen Sprache, nutzt und baut vorhandene Ressourcen der Kinder aus, eröffnet Bildungschancen und baut Bildungsbarrieren ab. Dadurch werde echte Teilhabe und Beteiligung ermöglicht.

Grüne Bildungspolitik will auch für **Kinder mit Behinderungen** die besten Chancen bereitstellen, in der Schule und auch in der außerschulischen Bildung und Betreuung, sowie in der Freizeit. Ein Handicap darf kein Grund für einen schlechteren Zugang oder eine niedrigere Qualität des Bildungsangebots sein. Trotz guter Entwicklungen ist es noch ein weiter Weg zur Inklusion: Wir setzen uns für Inklusion von klein auf ein. Wir Grüne verpflichten uns der UN-Behindertenrechtskonvention. In Artikel 24 der Konvention sind gleiche Bildungschancen, ein inklusives Schulsystem sowie die freie Wahl von Lernort und Bildungsgang garantiert. Auch wenn Förderschulen für manche Kinder eine sinnvolle Alternative zum Regelschulbetrieb sein können, so sollte Kindern nicht aufgrund einer Beeinträchtigung und mit Verweis auf spezialisierte Fördereinrichtungen das Lernen mit Nachbarskindern auf einer Regelschule verwehrt werden. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien. Bis wir unser langfristiges Ziel erreichen – dass alle Kinder in die gleiche Schule gehen können und dort die Strukturen die individuellen Bedürfnisse aller Kinder abbilden können – möchten wir die Qualität in den Förderschulen grundlegend erhöhen.

Die Grundsteine einer guten Zukunft werden schon in frühester Kindheit gelegt. Neben den Familien sind Krippen, Kindergärten, Horte und die Kindertagespflege Orte, an denen sich maßgeblich mitentscheidet, ob sowohl die Kindheit als auch die Zukunft der Kinder „gut“ werden. Jedes Kind hat das Recht auf hochqualitative **frühkindliche Bildung** und individuelle Förderung als Basis für Chancengerechtigkeit

von Anfang an. Die Betreuung in den Einrichtungen darf dabei niemals zu einer reinen Verwahrung verkommen. Unser Ziel ist die bestmögliche Qualität der pädagogischen Arbeit zu jedem Zeitpunkt in jeder Einrichtung. Grundvoraussetzungen sind dabei eine ausreichende Kapazität der Einrichtungen, kontinuierliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die Weiterentwicklung der Qualitätsstandards ausgerichtet am Wohl der Kinder und die stetige Gewinnung, Qualifizierung und Bindung von Fachpersonal.

Wir wollen **schulische Bildung**, in der sie sich zu starken Persönlichkeiten mit guter Urteilsfähigkeit entwickeln, damit sie Verantwortung für sich, für die Gesellschaft und unsere Umwelt übernehmen können. Soziale Gerechtigkeit ist unser Grundwert, daher ist die gerechte Teilhabe aller die Leitidee unseres bildungspolitischen Handelns. Wir wollen eine Schule, die allen Kindern in ihren Unterschiedlichkeiten, Besonderheiten und Stärken gerecht wird und ihre Potenziale fördert. Schulerfolg darf weder von den finanziellen Möglichkeiten noch von der sozialen oder kulturellen Herkunft der Eltern abhängen. Wir wollen neue Akzente in den Schulen setzen – für den Aufbruch in die digitale Welt, für eine starke demokratische, politische und kulturelle Bildung und für ein Bewertungssystem, das die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler im Blick hat. Wir wollen Schulen, die Sozialraum- und Lebensweltbezug als wünschenswertes Prinzip leben und in echten Verantwortungsgemeinschaften mit der Jugendhilfe neue Spiel- und Erfahrungsräume für Kinder entwickeln. Wir wollen Schulen, die Lern-, Erlebnis- und Lebensraum für Kinder sind.

Vielfältige und wichtige Bildungserfahrungen machen Kinder und Jugendliche auch **außerhalb der Schule**. Kinder brauchen Bildungsgelegenheiten in unterschiedlichen Zusammenhängen und an verschiedenen Orten, sei es im Schullandheim, in der Sporthalle, in der Musikschule, im Theater, in der Natur, auf einem Bauernhof oder in einem Zeltlager. Deshalb sind für uns Angebote von Vereinen, Jugendverbänden, Kommunen, der Kirchen und der Jugendhilfe mit einem klaren Bildungsauftrag versehen. Auch hier gilt es, Vielfalt zu leben und erlebbar zu machen, Kindern Entfaltung, ohne die Erfahrung von Diskriminierung zu ermöglichen. Gute außerschulische Bildungsangebote können der Gesundheitsprävention und der Persönlichkeitsbildung zugutekommen. Deswegen ist es wichtig, den Zugang hierzu für alle Kinder zu ermöglichen. Auch hier ist es das Ziel, Inklusion im weitesten Sinne zu ermöglichen und die Stärken des einzelnen Kindes in den Vordergrund zu stellen.

Für das Wohlergehen von Kindern sind, selbst bei flächendeckender Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von guten außerfamiliären Bildungs- und Freizeitangeboten, ihre Familie von besonderer Bedeutung. Deshalb setzen wir uns für die Unterstützung von Familien ein, nicht nur bei ihrem Bildungsauftrag. Insbesondere für Familien in schwierigen Situationen, für finanziell schlechter gestellten Familien und Familien mit Migrationshintergrund wollen wir zielgerechte Angebote der **Familienbildung und Familienerholung** ausbauen.

c) Recht auf Freizeit, Freunde und Selbstbestimmung

Kinder sind vor allem Kinder und das sollen sie auch bleiben! Grüne Politik für eine gute Kindheit beinhaltet mehr als Gesundheitsvorsorge und qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung. Wir stehen für das Recht der Kinder auf Freizeit, Begegnungen mit Gleichaltrigen, Spiel und Erholung. Besonders wichtig ist es aus unserer Sicht, Kinder gemäß ihrem Entwicklungsstand bei ihrer Tages- und Freizeitgestaltung miteinzubeziehen. So lernen sie, ihre eigenen Gefühlslagen und Bedürfnisse aktiv wahrzunehmen, sich dafür einzusetzen und in Einklang mit den Wünschen und Bedürfnissen Anderer zu bringen. Sie können so ihre Fähigkeit zur Perspektivübernahme verbessern, entwickeln soziale und emotionale Kompetenzen und erleben **Selbstwirksamkeit**. Selbstwirksamkeit ist essenziell für die psychische Gesundheit von Kindern und Erwachsenen, sie ist auch ein wesentlicher Faktor menschlicher Motivation.

Kinder brauchen den Kontakt zu Gleichaltrigen, wie die Luft zum Atmen, um sich gut entwickeln zu können und voneinander zu lernen. **Kindgerechte Begegnungsräume** im öffentlichen Raum sind deshalb wichtiger Bestandteil erfolgreicher Kinderpolitik. So soll das Recht auf Freizeit und Spiel sozial gerecht sichergestellt werden und nicht maßgeblich von der Wohnsituation der jeweiligen Familie abhängen. Das bedeutet auch: je belasteter Sozialräume sind, desto mehr Verantwortung für kindgerechte und naturnahe Gestaltung obliegt der öffentlichen Hand.

d) Recht auf eine gesunde Umwelt

Das Aufwachsen in einer sauberen und gesunden Umwelt ist essenziell für Kinder und Jugendliche. Wir nehmen die ökologischen Kinderrechte ernst. Und es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass sie für alle Kinder, unabhängig von Wohnort, sozialer Herkunft oder momentaner Lebenssituation (z.B. Flucht) durchgesetzt und beachtet werden.

Kinder sind besonders zu berücksichtigen, wenn es um die Beurteilung der Wirkung von **Umwelteinflüssen** geht. So reagiert der kindliche Organismus auf Schadstoffe in der Luft, im Boden oder im Wasser anders als der von Erwachsenen. Dies gilt es etwa bei der Feststellung von Grenzwerten zu beachten. Für einige Chemikalien, wie zum Beispiel Blei und Quecksilber, weisen Kinder eine besonders hohe Empfindlichkeit auf. Auch die soziale Situation eines Kindes hat maßgeblichen Einfluss auf seine Gesundheit. Immer mehr Untersuchungen belegen, dass gesundheitliche Belastungen als Folge von Umweltproblemen in der Bevölkerung in Abhängigkeit von sozialen Faktoren ungleich verteilt sind.

Wer umweltpolitische Fragestellungen aus Kinderperspektive betrachtet, sieht ihre Nasen auf der Höhe von Autoauspuffen, ihr Bedürfnis sich zu bewegen, auch wenn keine sicheren Spielplätze in der Nähe sind, sieht, dass sie Plastikspielzeuge in den Mund nehmen und dass ihre Ohren auf Lärm und ihre Körper auf Hitze anders reagieren als die von Erwachsenen. Fragen der Verkehrspolitik, des Wohnungsbaus, der innerstädtischen oder dörflichen Entwicklung und Raumplanung, des Klimaschutzes und des Verbraucherschutzes müssen mit Blick auf die **ökologischen Kinderrechte** diskutiert und entschieden werden. Deshalb nehmen wir umweltbedingte Gesundheitsrisiken und die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels für Kinder besonders in den Blick.

e) Recht auf Schutz vor jeder Form der Gewalt

Die frühe Phase kindlicher Entwicklung und kindlichen Lernens ist entscheidend, damit Kinder ihre Potenziale und Talente entfalten können – sie ist damit ein Schlüssel zu Chancengerechtigkeit in unserem Land. Grundvoraussetzung ist dabei immer ein Aufwachsen in Sicherheit. Nur wer frei von Angst, frei von Vernachlässigung, Missbrauch oder Gewalt aufwächst, kann wirklich Kind sein. Jedes Kind hat ein Recht auf Schutz vor physischer, psychischer, seelischer und sexueller Gewalt. Erfahrungen von Gewalt in der Kindheit hinterlassen häufig bleibende Narben, die wiederum negative Folgewirkungen für die betroffene Person und ihr Umfeld haben können. Politik muss deshalb wirksame Konzepte und ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, um Kinder vor jeglicher Gewalt zu schützen.

Für uns Grüne muss Kinderschutz grundsätzlich **vom Kind aus gedacht** werden. Kinder müssen möglichst in die Lage versetzt werden, Anzeichen für Übergriffe und Missbrauch frühzeitig zu erkennen und dazu befähigt werden, Hilfe und Unterstützung aufzusuchen. Im Zusammenspiel mit einer wach- und achtsamen Gesamtgesellschaft ist dies eine wirkungsvoller Schritt zu mehr Kinderschutz. Zudem ist die präventive Unterstützung der Familien ein wesentliches Ziel, um Überforderung zu vermeiden und Sicherheit zu geben. Im Falle von Gefährdungen des Kindeswohls ist das frühzeitige Erkennen äußerst relevant, damit möglichst zügig wirksame Maßnahmen mit weiteren Akteuren des Kinderschutzes eingeleitet werden können.

f) Recht auf gesellschaftliche Teilhabe

Auch in Bayern sind viele Kinder von Armut betroffen. Armut setzt sich oft über Generationen fort. Es führt zu systematischer Benachteiligung, die die kindliche Gesundheit und das Wohlbefinden bedroht, sowie Teilhabe, Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg erschweren. Neben der Armut können auch kulturelle Herkunft, Aussehen, Erkrankungen, Behinderungen, geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung Anlässe sein, um ausgeschlossen, ausgelacht, benachteiligt und im schlimmsten Fall Opfer von Gewalt zu werden. Kinder haben ein Recht darauf, frei von Diskriminierung aufzuwachsen.

IV. UNSER WEG DORTHIN: KONKRETE MASSNAHMEN FÜR EINE GUTE KINDHEIT FÜR JEDES KIND

a) Kindliche Gesundheit sichern und wiederherstellen

Wir setzen uns ein für die gleichen Chancen aller Kinder auf ein gesundes Leben – egal aus welchem Elternhaus sie kommen oder wo sie wohnen. Wir machen uns stark für **mehr Bewegung und Sport in Kita, Kindertagespflege, Hort und Schule** und damit mehr Bewegung im kindlichen Alltag.

Grundsätzlich befürworten wir eine dritte Sportstunde in allen Schulformen. Insbesondere dem Schwimmunterricht messen wir eine tragende Rolle zu. Schwimmen zu können ist eine wichtige Kulturtechnik und entscheidend für die Sicherheit am und im Wasser. Bewegung kann und soll in den Schulalltag – nicht nur in den Sportunterricht – besser integriert werden. Unterricht kann spielerisch und mit Bewegungselementen erfolgen. In diesem Zusammenhang wünschen wir uns Schulen mit Aufenthaltsräumen, Höfen und Sportplätzen, die zur Bewegung einladen und z.B. gemeinsam mit Sportvereinen über den Unterricht hinaus genutzt werden können.

Bewegung, die ihren festen Platz im kindlichen Alltag hat, muss auch außerhalb der Bildungsinstitutionen möglich und zugänglich sein. Dabei kommt der Gestaltung des öffentlichen Raums und dem niederschweligen Zugang zu den Angeboten von Sportvereinen und Jugendzentren eine besondere Bedeutung zu. Naturnahe Bewegungsmöglichkeiten im Freien, inkl. beispielsweise kindersicherer Fahrradwege, der niederschwellige Zugang zu Turnhallen und Schwimmbädern, vereinfachte und ggf. subventionierte Teilnahme an Angeboten der örtlichen Sportvereine, barrierefreie Spielplätze: jedem Kind sollte es möglich sein, sich regelmäßig und mit Freude zu bewegen, sich dabei motorisch und sozial weiterzuentwickeln und sich zugleich aktiv an der Gestaltung seines bewegten Alltags zu beteiligen.

Wir wollen gesunde, regionale, qualitativ hochwertige und staatlich subventionierte **Ernährung** in allen Bildungseinrichtungen: von der Kindertagespflege und der Krippe, über Kita und Hort bis zur Schule. Wir wollen durch eine **Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes** dafür sorgen, dass die Schulspeisung anteilig staatlich finanziert wird und damit Einfluss auf Qualitätskriterien der verwendeten Lebensmittel nehmen. Das EU-Schulprogramm soll auch für die unter Dreijährigen in Kinderkrippen und Kindertagespflege geöffnet werden. Einmal wöchentlich oder auch nur zum Mittagessen ist aus unserer Sicht aber nicht genug: täglich und zu allen Mahlzeiten gehören frische, regionale Lebensmittel auf den Tisch. Den **Mehrwertsteuersatz für die Verpflegung an Kita und Schule** wollen wir absenken, um die Kostenbelastung frisch zubereiteter Speisen zu reduzieren und damit die Verwendung qualitativ hochwertigerer Lebensmittel zu fördern. Wir wollen zudem Ernährungsbildung und Essensangebot in Kitas und Schulen zusammenbringen.

Wir setzen uns für eine **flächendeckende Versorgungsstruktur** von Kinderärzt*innen und Hebammen in der Stadt und auf dem Land ein. Wir wollen die derzeitige Versorgungssituation überprüfen, um regionalen Bedarf der Bevölkerung realitätsnah zu ermitteln. Die Bedarfsplanung muss sich am Patientenwohl orientieren, ungleiche Versorgungssituation wollen wir konsequent abbauen. Die Kinderärzt*innen wollen wir durch die **Stärkung der nichtärztlichen Gesundheitsberufe und Bürokratieabbau** unterstützen.

Bereits seit Jahren fordern wir ein Förderprogramm für **Hebammen**, um beispielsweise die Gründung einer Hebammenpraxis oder Geburtshauses zu unterstützen. Geburtskliniken sollen Zuschüsse für Einrichtung hebammengeleiteter Kreißsäle sowie zum Beispiel für den Ausbau von günstigen Wohnmöglichkeiten erhalten.

Für uns zählt jedes Kind: deshalb fordern wir eine personelle und technische qualitative Verbesserung des **Früh- und Neugeborenen transports** in Bayern, insb. die Etablierung von Kinderärzt*innen, des Sonderintensivtransportinkubatorsystems (SITIS) für die Verlegung schwerstkranker Früh- und Neugeborener und die Vorhaltung von einheitlichen Intensivtransportinkubatoren (ITI), die problemlos in alle Bayern-RTW und in eingesetzten Luftrettungsmitteln verlad- und transportierbar sind.

Nicht jedes Kind hat das Glück, gesund auf die Welt zu kommen. Die rasche und insbesondere hoch qualifizierte Behandlung entscheidet maßgeblich über die spätere Lebensqualität. Wir fordern zentralisierte und zertifizierte, qualitativ gesicherte und strukturierte Versorgung von **Kindern mit seltenen angeborenen Fehlbildungen und mit seltenen Erkrankungen** in Bayern. Damit Eltern und Kinder die beste Versorgung bekommen können, wollen wir Spezialzentren für Diagnostik und operative Eingriffe fest etablieren und ein Expert*innen-Kooperationsnetz im Freistaat (aber auch Deutschland- bzw. EU-weit) ausbauen sowie Nachsorge-Modelle digital begleiten. Denn nur so können seltene Krankheiten und Fehlbildungen in den richtigen Einrichtungen schnell entdeckt und mit der größten Sorgfalt und Expertise operiert und behandelt werden. Dies gibt allen Kindern die Chance auf ein gutes Leben.

Psychische Erkrankungen belasten zunehmend auch Kinder: direkt, weil sie selbst davon betroffen sind, oder auch indirekt, weil die Erkrankung eines Elternteils oder Geschwisterkindes Familien erheblich belastet. Seelische Leiden wie Ess-, Angststörungen oder Depressionen nehmen bei Kindern und Jugendlichen zu. Psychische Erkrankungen der Eltern oder anderer Familienangehöriger, wie Depressionen, Psychosen oder Sucht, belasten Kinder schwer. Sie brauchen verlässliche, leicht zugängliche, dauerhafte Unterstützung, nicht nur in akuten Krisen.

Psychische Erkrankungen gilt es frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. Jeder Mensch, egal ob jung oder alt, hat bei seelischen Krisen Anspruch auf professionelle Versorgung. Als Grundvoraussetzung sehen wir die **Enttabuisierung psychischer Erkrankungen und flächendeckender Weiterbildungsmaßnahmen im Bildungsbereich**. Das bedeutet beispielsweise die Fachberatungen und die Pädagogische Qualitätsbegleitung für die Frühkindliche Bildung dazu zu befähigen, Fortbildungen und Supervision zur Erkennung und Prävention von psychischen Erkrankungen für fröhpädagogische Fachkräfte anzubieten. In allen Bildungseinrichtungen sind multiprofessionelle Teams zu etablieren, die Schulsozialarbeit, die Schulpsychologie und die Jugendsozialarbeit an Schulen sind auszubauen. Eine gute Vernetzung zwischen Bildungsinstitutionen und Jugendhilfe, sowie medizinische, auch jugendpsychiatrische, Dienste sind weitere wichtige Bausteine. Angebote über Internet und Telefon sollten die vor-Ort-Unterstützung ergänzen. Schnelle Behandlungsmöglichkeiten ohne lange Wartezeiten sind sicherzustellen, damit psychische Störungen nicht zur chronischen Krankheit werden. Gezielte **Aufklärungs- und Präventionskampagnen** sowie Anlaufstellen, die diversitätssensible Pädagogik und peer-to-peer-Beratungsangebote mitdenken, sind essenziell.

Gesundheit ist ein hohes Gut, Prävention für Kinder und Jugendliche immer lohnend und Erkrankungen jeder Art bedürfen passende, schnelle, zuverlässige Behandlungsmöglichkeiten, für jedes Kind und an jedem Ort. Für die Weiterentwicklung professioneller Unterstützungsangebote und das Schließen von Versorgungslücken sind interdisziplinäre Kooperations- und Vernetzungsstrukturen in einem **integrierten Versorgungskonzept** von besonderer Bedeutung. Hier arbeiten fröhpädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Schulpsycholog*innen, Kinderärzt*innen, Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam, um kindliche Gesundheit und Wohlergehen zu sichern.

b) Gute Bildung für alle und von Anfang an

• Frühkindliche Bildung

Um allen Eltern eine echte **Entscheidungsfreiheit** und die Möglichkeit zur Betreuung ihrer Kinder in einer Einrichtung, bei einer Tagespflegeperson oder auch in der eigenen Familie zu garantieren, wollen wir die Zahl der Betreuungsplätze massiv ausbauen. Schon jetzt übersteigt der Bedarf die Betreuungskapazitäten erheblich und dies wird sich durch den zunehmenden Fachkräftemangel verschärfen, wenn keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Unser wichtigster Ansatzpunkt ist daher die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften. Grundsätzlich ist es dafür notwendig, eine umfassende gesellschaftliche Aufwertung der pädagogischen Tätigkeiten und Berufsbilder im Bereich der frühkindlichen Bildung zu erreichen.

Gewinnung von Fachkräften: Es bedarf dazu Konzepten zur Gewinnung von Männern und Fachpersonal mit Migrationshintergrund. Die Chancen der Akademisierung müssen genutzt und multiprofessionelle Teams in den Einrichtungen gefördert werden. Die kürzlich beschlossene Reform der Ausbildung zum Erzieherberuf muss zu gegebener Zeit evaluiert und ggf. weiterentwickelt werden. Die Attraktivität des Berufs muss durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen gesteigert werden.

Bindung von Fachkräften: Der Schlüssel zur Bindung qualifizierter Fachkräfte sind Rahmenbedingungen, die eine hohe pädagogische Qualität fördern und die Belastung der einzelnen Fachkraft reduzieren. Neben einer besseren Bezahlung der Fachkräfte braucht es deshalb eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Zeitkontingente für Leitungen, bessere Personalschlüssel, den flächendeckenden Ausbau der Pädagogischen Qualitätsbegleitung, Zeit für Vorbereitung und Teamentwicklung sowie die Möglichkeit für Fortbildungen und Aufstiegschancen. Die Kindertagespflege ist in ihren verschiedenen Facetten durch eine bayernweit gleichwertige Vergütung, höhere Qualitäts- und Qualifizierungsstandards und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im Zusammenspiel mit den Jugendämtern aufzuwerten.

Sonstige Rahmenbedingungen: Grundsätzlich ist eine auskömmliche Finanzierung der Einrichtungen durch Erhöhung der Betriebskostenförderung durch den Freistaat unabdingbar. Wichtig sind uns darüber hinaus der Ausbau von inklusiven Einrichtungen, bedarfsgerechte Öffnungszeiten sowie ein Investitionsprogramm für neue Kita-Plätze. Die Gelder aus dem Gute-Kita-Vertrag mit dem Bund wollen wir dementsprechend für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften sowie eine weitere Steigerung der Qualität in den Einrichtungen verwenden, statt ohne soziale Staffelung die Elternbeiträge zu bezuschussen. Bildung muss sich jede Familie leisten können, aber sie muss nicht für alle kostenlos sein, solange eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Frühkindliche Bildung und Betreuung nicht sichergestellt ist.

Frühkindliche Bildung ist grundlegend für den weiteren Bildungsweg eines Kindes. Die Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationshintergrund sind im frühkindlichen und vorschulischen Bereich immer noch zu niedrig. Dem gilt es entgegenzuwirken. Die Anforderungen an das pädagogische Personal sind gewachsen. Notwendig sind mehr Aus- und Weiterbildungen mit Fokus auf **Integration und Vielfalt**, wie z.B. der Anti-Bias-Ansatz oder andere Konzepte zur vorurteilsbewussten Bildung und Betreuung. Eine transparente Vergabep Praxis von Kita-Plätzen, beispielsweise durch kommunal abgestimmte Vergabekriterien, die sich an pädagogischen Kriterien und Bedarfen orientiert, kann zu mehr Chancengerechtigkeit führen. Der Beschäftigungsstatus der Eltern darf nicht das Einzige transparente Vergabekriterium sein, frühkindliche Bildung muss konsequent vom Kind aus gedacht werden. Solange eine Knappheit an Plätzen herrscht, werden höher gebildete und finanziell besser gestellte Eltern im Vorteil sein, zum Nachteil belasteter Kinder. Wir fordern zudem mehr Sprachförderung von Anfang an. Notwendig sind bayernweit verpflichtende frühzeitige und wiederholte Sprachstandserhebungen im Vorschulalter und eine ggf. anschließende verpflichtende, alltagsintegrierte Sprachförderung.

Wir fordern außerdem mehr Fördergelder für **inklusive Kitas** sowie Weiterbildungen für die Fachkräfte. Derzeit sind inklusive Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Betreuung längst nicht überall vorhanden. Inklusion braucht verlässliche personelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Der Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention und der Inklusionsauftrag aller Kindertagesstätten wurden zwar in das Bayerische Kinderbildungs- und -Betreuungsgesetz (BayKiBiG) aufgenommen, ohne jedoch die Voraussetzungen für eine inklusive Öffnung der Kitas genauer zu definieren. Hierzu gehören: eine verbindliche Reduzierung der Gruppengröße, eine deutliche Verbesserung des Stellenschlüssels, multiprofessionelle Teams, die Umsetzung der Barrierefreiheit, die Verankerung der Inklusion in der Einrichtungskonzeption, die fachliche Weiterbildung des Personals, der Ausbau der mobilen sonderpädagogischen und heilpädagogischen Fachdienste sowie der interdisziplinären Frühförderstellen.

• **Schulische Bildung**

Bildung ist entscheidend für die Integration und die Zukunftschancen aller Kinder. Angesichts der zunehmenden Vielfalt in Schulen und Kitas sind **innovative und inklusive Bildungsmaßnahmen** von großer Bedeutung: Bayern ist bunt, kulturelle, sprachliche, geschlechtliche, religiöse Vielfalt gehören dazu und sollte entsprechend gelebt und gelehrt werden. Dies beugt auch Diskriminierung und Benachteiligung vor. Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, brauchen mehr Unterstützung, vor allem durch eine angemessene Personalausstattung. Die Rahmenlehrpläne und Schulbücher müssen die Vielfalt in unserer Gesellschaft widerspiegeln.

Um die Diskriminierungstendenzen in den Schulen entgegenzutreten, braucht es **Anlauf- und Beratungsstellen**, an die sich Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte wenden können, wenn es zu Diskriminierung kommt. Damit Diskriminierung nicht die Bildungsbenachteiligung manifestieren kann, braucht es in allen Bildungseinrichtungen konkrete Maßnahmen: Jugendsozialarbeit an Schulen, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie gemeinsam mit entsprechend sensibilisierten Lehrkräften können Kinder, die besonderen Belastungen, z.B. durch Armut oder psychischen Erkrankungen ausgesetzt sind, gezielt unterstützen und niederschwellig den Zugang zu weiteren Hilfen vermitteln. Mentoringprogramme und gezielte Talentförderung, auch und gerade in belasteten Sozialräumen können Bildungsgerechtigkeit herstellen, hier fordern wir Ausbau und staatliche Unterstützung für evidenzbasierte Förderprogrammen.

Um Schulen als **inklusive Bildungsorte** für alle Kinder mit und ohne Behinderung zu gestalten, fordern wir die Einrichtung eines „Stellenpools Inklusion“ für zusätzliche Lehrkräfte, die eingesetzt werden, z.B. zur Bildung kleinerer Klassen, als Zweitlehrkräfte, als Heilpädagog*innen. Das Thema Inklusion muss zudem in der Lehrkräftebildung aller Schularten verankert werden – sowohl in Aus- als auch Fortbildung. Die **Schulbegleitung** ist für inklusive Beschulung zentral – Schulbegleiter*innen übernehmen Hilfstätigkeiten, damit Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf den Schulalltag bewältigen können. Wir Grüne fordern, die Qualifikation, Rolle, Anstellung und Vergütung von Schulbegleiter*innen eindeutig zu definieren und Kosten- und Anstellungsträger zu vereinheitlichen.

Inklusion, Integration, unterschiedliche Deutschkenntnisse der Schüler*innen, vielfältige Unterrichtsformen, der Wunsch nach individueller Förderung – die **Anforderungen an die Lehrkräfte steigen**. Wir wollen deshalb schrittweise eine zweite pädagogische Fachkraft in den Klassen etablieren. Das kann, muss aber kein*e Lehrer*in sein, sondern bei Bedarf auch ein*e Heil- bzw. Sozialpädagog*in, ein*e Psycholog*in oder auch Erzieher*in. Beginnen wollen wir dabei in den Grund- und Mittelschulen. So können Wissen und Kompetenzen besser und individueller vermittelt werden.

Die **digitale Welt** muss aus unserer Sicht endlich und nachhaltig an den Schulen Einzug halten, die Corona-Krise hat hier offensichtliche Schwächen offenbart, aber auch Lösungswege aufgezeigt. Nicht nur mit Tablets und Glasfaseranschlüssen, sondern auch mit neuen Unterrichtsformen und neuen Inhalten. Wie man Fakten von Fake News unterscheidet, wie die Mechanismen sozialer Netzwerke funktionieren,

wie sich Schüler*innen gegen Cybermobbing wehren und sicher im Netz bewegen können, welche Möglichkeiten und welche Gefahren dort warten – all das muss Thema im Schulunterricht werden. Sich im Netz kompetent zu bewegen ist heute eine kulturelle Grundfertigkeit wie Lesen, Schreiben, Rechnen. Deshalb wollen wir Medienkompetenz ab der ersten Klasse vermitteln und ein Fach Digitalkunde in allen Schularten einführen. Damit alle digital kompetent werden! Ganz grundsätzlich wollen wir außerdem die fächerübergreifende **politische und philosophische Bildung** schon in der Grundschule stärken und dem Fach Sozialkunde an allen Schularten einen höheren Stellenwert einräumen.

• Außerschulische und informelle Bildung

Kinder lernen durch Erleben und Erfahren und das überall, nicht nur in den Räumlichkeiten von frühkindlichen und schulischen Bildungseinrichtungen. Der Zugang zu den außerschulischen Bildungsangeboten hängt allerdings noch stärker als zur schulischen Bildung vom sozioökonomischen Hintergrund der Familie ab und auch Kinder mit Behinderungen sind hier viel zu oft ausgeschlossen. Wir brauchen verbesserte und bei Bedarf subventionierte Zugänge zu Sportvereinen, Kunst- und Musikschulen, zu museumspädagogischen und tanzpädagogischen Angeboten, sowie zu Austauschprogrammen und Sprachbildungsangebote. Wir fordern eine Entbürokratisierung und Aufstockung der staatlichen Leistungen im Rahmen der Bildungs- und Teilhabepakete. Wenn die außerschulischen Bildungseinrichtungen bei der Aufnahme von beispielsweise sozialbenachteiligten und von Armut betroffenen Kindern ihre Kostenerstattung direkt beantragen könnten, anstatt auf die Eltern angewiesen zu sein, wäre das ein erster Schritt. Wenn Schulsozialarbeiter*innen und Lehrkräfte ihre Schützlinge direkt, unbürokratisch und diskret dabei unterstützen könnten, außerschulische Bildungsangebote wahrzunehmen, würde der Erfahrungshorizont vieler Kinder wachsen und damit auch ihr Wohlbefinden und ihre Bildungschancen. Barrierefreiheit und Inklusion sind auch bei der außerschulischen Bildung und bei Betreuungsangeboten entscheidend: Kindern mit besonderen Förderbedarfen darf der Zugang zur Mittagsbetreuung, zum Hort, zum Museum oder dem Sportverein nicht aus strukturellen Gründen verwehrt bleiben.

c) Freizeit, Freunde und Selbstbestimmung für Kinder ermöglichen

Grüne Politik für eine gute Kindheit bedeutet, echtes und freies Kindsein zu ermöglichen. Hierfür braucht es zum Beispiel ausreichend Spielplätze mit pädagogischen Konzepten und abwechslungsreicher Gestaltung, die den Kindern Begegnung, Spiel und Spaß außerhalb des Elternhauses ermöglichen. Gerade in Ballungsräumen ist es schwer für neue Betreuungseinrichtungen, die Richtlinien für ausreichend Außenfläche noch zu erfüllen. Hier können kindgerechte städtische **Grünflächen und Spielplätze** Ausweichmöglichkeiten sein, um trotz Platzmangel und Nachverdichtung in Städten den Neubau von Kitas und das Spielen der Kinder im Außenbereich zu ermöglichen. Stadtplanung muss deshalb immer auch die Bedarfe von Kindern in den Blick nehmen.

Kinderbildung und Betreuung sollte aus unserer Sicht immer einen **partizipativen Ansatz** verfolgen, der die Kinder gezielt fördert und gemäß ihrem Entwicklungsstand in Entscheidungen zur Freizeitgestaltung miteinbezieht. Kinderbetreuungseinrichtungen können hier die Grundlage für ein demokratisches und teilhabeorientiertes Denken und Handeln der Kinder legen. Mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel und mehr Personal erhöhen wir nicht nur die Arbeitsqualität der Fachkräfte, sondern reduzieren durch kleinere Gruppen auch den Stresslevel der Kinder.

Auch im Verkehrsbereich richtet sich grüne Politik auf ein Ziel aus: „Mehr Platz für Kinder!“ Aktuell werden Kinder sehr stark auf für Kinder reservierte Räume, wie Kindergärten, Schulen, Spiel- und Sportplätze beschränkt. Der **öffentliche Raum** ist in aller Regel nicht kindertauglich. Der dichte Straßenverkehr ist eine der Haupteinschränkungen für die selbstständige Fortbewegung von Kindern. Unsere grundlegenden Forderungen zur Verkehrswende, mit weniger und langsamerem Verkehr, autofreien Innenstädten, mehr Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV, kommt allen Menschen, besonders aber Kindern und Jugendlichen

zugute und erhöht ihre Mobilitätsautonomie. Ganz konkret wollen wir dafür **lebenswerte Orts- und Stadtzentren** mit Zone 30 auch auf (übergeordneten) Durchgangsstraßen umsetzen, mehr autofreie Zonen, Spielstraßen und „Begegnungszonen“ umsetzen. Im Rahmen der Städteplanung gilt es, sichere Wege zu Kita und Schule einzurichten. Mit Konzepten wie „Schulameisen“ und „Schulbus mit Füßen“ gestalten wir den Weg zur Betreuungs- und Bildungseinrichtung sicher, gesund und sozial. Verkehrserziehung und hier im speziellen die Fahrradprüfung müssen gestärkt und die Sicherheit der Radinfrastruktur gewährleistet werden. Den Zugang zum Nahverkehr gestalten wir mit dem **365€-Ticket für alle Kinder und Jugendlichen** erschwinglich, perspektivisch sogar kostenlos.

d) Kinder brauchen eine gesunde Umwelt

Zu einer guten Kindheit gehört für uns Grüne immer auch die Perspektive auf eine **lebenswerte Zukunft**. Klima- und Umweltschutz ist deshalb auch Kinder- und Jugendpolitik. Es ist heute unsere Aufgabe, unseren Kindern und zukünftigen Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der diese Lebensgrundlagen noch intakt sind. Dazu gehört die Artenvielfalt ebenso wie sauberes Wasser, saubere Luft und saubere Energie. Wir müssen endlich nachhaltig agieren: Das bedeutet z.B. keine Lebensräume mehr zu zerstören, die Biodiversität nicht weiter zu reduzieren, Kreislaufwirtschaft zu betreiben und dort, wo sich Eingriffe in die Natur nicht vermeiden lassen, für Ausgleich zu sorgen. **Umweltbildung** ist aus unserer Sicht der Schlüssel zu nachhaltigem Agieren, sie findet sowohl in formellen als auch in informellen Kontexten statt, also in der Freizeit im Verein oder in den Ferien, genauso wie in Kita und Schule.

e) Kinder müssen gewaltfrei aufwachsen können

Mit einer Offensive für den Kinderschutz wollen wir den Kinderschutz in Bayern maßgeblich voranbringen. An erster Stelle steht für uns dabei eine grundsätzliche Stärkung der Stellung und Wahrnehmung von Kindern in unserer Gesellschaft. Wir fordern deshalb die Aufnahme der **Kinderrechte in die Landesverfassung**. Bislang sind Kinder in der Bayerischen Verfassung zuvorderst als Gegenstand von Grundrechten, nicht jedoch explizit als Träger von Grundrechten genannt. Wir wollen eine Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern in allen sie betreffenden Belangen sowie ein klares Bekenntnis zum Vorrang des Kindeswohls bei allem staatlichen Handeln festschreiben. Die Bayerische Verfassung würde somit endlich den Ansprüchen der UN-Kinderrechtskonvention gerecht. Zudem wollen wir mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne den Stellenwert unserer Kinder in Bayern stärken und ihren Schutz als Aufgabe aller verdeutlichen. Ziel der Kampagne ist es, eine **Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit** für das Thema zu erreichen, eine gesellschaftliche Kultur des Hinsehens zu fördern und über konkrete Anlaufstellen für Hinweisgeber und Betroffene in Bayern zu informieren.

Die Einsetzung eines*r **Kinderbeauftragten** soll die Vernetzung und fachübergreifende Arbeit der verschiedenen Akteure im Bereich Kinderschutz verbessern. Für gelingenden Kinderschutz braucht es außerdem regelmäßige Weiterentwicklung und Evaluierung. Mit einem jährlichen **Kinderschutz-Bericht** für Bayern sollen deshalb Entwicklungen und Fortschritte im Kinderschutz konsequent beobachtet, Versorgungslücken identifiziert und in der Folge geschlossen werden.

Mit flächendeckenden Präventionsprogrammen wollen wir Kinder gemäß ihrem Entwicklungsstand dazu befähigen, eigenständig Anzeichen von Missbrauch zu erkennen und Hilfe aufzusuchen. Eine bayerische Kinder-App, die attraktive und kindgerechte Wissens- und Spielangebote ebenso beinhaltet wie die Möglichkeit, niedrigschwellige und professionelle Online-Beratung in Belastungs- oder Bedrohungssituationen zu erhalten, würde eine **Selbstermächtigung der Kinder** weiter voranbringen.

Auch im Sinne der Eltern sollen die Unterstützungsangebote zur **Stärkung der Erziehungskompetenzen** für Familien und Alleinerziehende in Bayern verbessert werden. Wir wollen insbesondere die Stigmatisierung von Hilfesuchenden verringern und niedrigschwellige Zugangswege zu Angeboten – insbesondere bei familiären Belastungssituationen – ermöglichen.

Mit einer unabhängigen Evaluation des bestehenden **Gesamtkonzepts Kinderschutz** der Staatsregierung sowie einer Bestands- und Bedarfsanalyse der spezialisierten Beratungs- und Unterstützungslandschaft in Bayern sollen Versorgungslücken identifiziert und eine Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts vorangetrieben werden. Auch die bestehenden Aus- und Fortbildungsprogramme im Bereich des Kinderschutzes sollen auf Zielgruppengerechtigkeit und Wirksamkeit geprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Fortbildungslücken in kindbezogenen Professionen zum Thema Kinderschutz geschlossen werden. Dazu gehören beispielsweise Lehrkräfte, Erziehungswissenschaftler*innen, Familienrichter*innen sowie Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen. Auch sie sind durch entsprechende Module in ihrer Aus- und Fortbildung in die Lage zu versetzen, Indikatoren einer Kindeswohlgefährdung zu erkennen und Betroffenen eine Brücke zum Hilfesystem zu bauen.

Schulen, Kitas, Vereine sowie stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sollen bei der Entwicklung und erfolgreichen Umsetzung ihrer individuellen **Schutzkonzepte** besser unterstützt werden. Ziel ist es, ein tragfähiges System für Kinderschutz-Konzepte in pädagogischen Einrichtungen anzustoßen. Die Jugendämter müssen personell besser aufgestellt werden, um ihre Aufgaben rund um den Kinderschutz besser ausführen zu können. Zudem setzen wir uns für die Entwicklung eines **Ombudtschaftswesens** in der Kinder- und Jugendhilfe ein, um die Arbeit der Jugendämter einer unabhängigen Kontrolle zu unterstellen.

f) Gesellschaftliche Teilhabe für jedes Kind garantieren, Kinderarmut bekämpfen

Armut bedeutet Mangel, geringere Lebensqualität, weniger Beteiligung, schlechtere Gesundheit, geringere Bildung und geringere Lebenserwartung. Grüne Sozialpolitik setzt sich ein für eine **Kindergrundsicherung** in Ergänzung zur guten Infrastruktur in jedem Sozialraum und für die Entbürokratisierung von Unterstützungsmaßnahmen, wie z.B. Bildungs- und Teilhabepaketen. Die gezielte Unterstützung in Not geratener Kinder und Familien und die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit ergänzen unsere Maßnahmenvorschläge.

Armutssensiblen pädagogischen Handeln in jedem Bildungs- und Freizeitkontext kommt eine besondere Bedeutung zu, denn Armut hat nachhaltige negative Auswirkungen auf das kindliche Wohlergehen und Bildungschancen, die über die Effekte von Diskriminierung hinaus gehen. **Jugendsozialarbeit an jeder Schule**, multiprofessionelle Teams in jeder Kita, entsprechend geschulte Fachberatungen, in armutssensiblen Handeln geschulte Lehrkräfte, Vernetzung der Beratungs- und Unterstützungsangebote sind wesentliche Bausteine zu Armutsbekämpfung.

V. FAZIT

Die Politik für heute hat die Verpflichtung, jedem Kind eine gute Kindheit zu ermöglichen und damit Zukunftschancen zu eröffnen. Wir schaffen die Rahmenbedingung für ein gesundes und fröhliches Aufwachsen in Sicherheit und Freiheit. Bildung ist für uns Befähigung zum eigenständigen, verantwortungsbewussten Leben. Das oberste Prinzip grüner Politik für Kinder ist Beteiligung: wir wollen uns weiterhin mit den Kindern für ihr Wohlergehen und Chancen einsetzen.

Unsere Antragspakete

Offensive für den Kinderschutz: <https://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/sozialpolitik/2020/starke-strukturen-starke-kinder-starke-eltern/>

Upgrade für die Kita: <https://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/sozialpolitik/2021/upgrade-fuer-die-sozialen-berufe-in-bayern/?L=0>

Qualitätsoffensive in der Kindertagesbetreuung: https://www.gruene-fraktion-bayern.de/fileadmin/bayern/user_upload/download_dateien_2018/Anfragen_Antraege_Gutachten/2019/190412_BecherJohannes_Pressepapier_Qualitaet_Kita_Gesamt.pdf

Weiterführende Informationen und Quellen

Center on the Developing Child at Harvard University (2016). From Best Practices to Breakthrough Impacts: A Science-Based Approach to Building a More Promising Future for Young Children and Families. www.developingchild.harvard.edu.

Social Policy Report, "Toward High-Quality Early Childhood Development Programs and Policies at a National Scale: Directions for Research in Global Contexts," February 2018; [srcd_brief_on_high_quality_early_childhood_development_web.pdf](#)

Das Projekt „Frühkindliche Bildung“ der BertelsmannStiftung, zuletzt zugegriffen am 26.10.2021; Frühkindliche Bildung: Bertelsmann Stiftung (bertelsmann-stiftung.de)

Die Sammlung „Frühkindlichen Bildung“ der Bundeszentrale für politische Bildung, zuletzt zugegriffen am 21.10.2021; Frühkindliche Bildung | bpb

Bremer Initiative zur Stärkung der frühkindlichen Entwicklung (BRISE), zuletzt zugegriffen am 26.10.2021: BRISE - Bremer Initiative zur Stärkung frühkindlicher Entwicklung (brise-bremen.de)

Stellungnahme der Leopoldina „Frühkindliche Sozialisation“, Juli 2014: [2014_Stellungnahme_Sozialisation_web.pdf](#) (leopoldina.org)

München, 15.11.2021

Johannes Becher, MdL

Sprecher für frühkindliche Bildung

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Im Bayerischen Landtag

KONTAKT

Stand: 15. November 2021



Johannes Becher, MdL

Sprecher für kommunale Fragen
und frühkindliche Bildung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Tel. 089 4126-3761

johannes.becher@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de
